



kurz berichtet

Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Rheinland-Pfalz

April 2005 – Extra-Ausgabe

GdP bei MP Beck und Minister Bruch

Die Übernahme der Tarifvertrags öD, die Weiterentwicklung des Beamtenrechts und polizeispezifische Themen prägten das Gespräch mit Ministerpräsidenten Kurt Beck und Innenminister Karl Peter Bruch in der Staatskanzlei.



Tarifrecht:

Die stell. Landesvorsitzende **Annemarie Grindel**, die als Mitglied der Großen Tarifkommission der GdP an den Tarifverhandlungen beteiligt war, warb für die Übernahme des Tarifabschlusses mit Bund und Kommunen auch für die Tarifbeschäftigten des Landes. Der neue Vertrag reduziere die Eingruppierungsvorschriften von ca. 17.000 deutlich. Es wird Eckeingruppierungen mit 15 Entgeltgruppen geben. Diese brächten mehr Übersichtlichkeit und seien in der Ausgestaltung ausgesprochen modern.

Ministerpräsident Kurt Beck erläuterte seine schon über Monate währenden Bemühungen, die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zusammenzuhalten. Im Kreis der Ministerpräsidenten gebe es augenscheinlich einige, die mit Macht aus der Gemeinschaft strebten. Derzeit sei noch nicht absehbar, ob die TdL als Ganzes oder wenigstens in Teilen erhalten bleibe.

GdP – Landesvorsitzender **Ernst Scharbach** forderte, den Tarifvertrag im Land Rheinland-Pfalz zu übernehmen, falls die TdL dazu als Gemeinschaft nicht in der Lage sei.

www.gdp-rp.de

@: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

06131-96009-0 06131-96009-99

GdP LB Rheinland-Pfalz, Nikolaus-Kopernikus-Straße 15, 55126 Mainz
V.i.S.d.P.: Ernst Scharbach



Kurt Beck bezweifelte, dass der Tarifvertrag Eins zu Eins übernommen werden könne. Den Berechnungen des Finanzministerium zufolge löse der TVöD zu hohe Kosten aus.

Die GdP – Vertreter betonten die herausragende Bedeutung des Tarifabschlusses. Er sei auch in den Vereinbarungen über die Entgeltgruppen der Haushaltslage angemessen und keineswegs überzogen. Keine Annäherung gab es auch bei der Bewertung der Arbeitszeitverlängerung. Während Ministerpräsident **Kurt Beck** auf die extrem schwierige Haushaltslage in die Waagschale hinwies, beharrte die GdP darauf, dass jedwede Verlängerung von Arbeitszeiten für die Arbeitsplatzbesitzer zur Arbeitslosigkeit anderer beitrage.

Beamtenrecht:

Vom Eckpunktepapier über die Vorschläge der Bull-Kommission bis hin zu den einschlägigen Ergebnissen der Föderalismus-Kommission spannte sich der Gesprächsbogen zum Beamtenrecht. **Kurt Beck** stellte dar, dass er im Prinzip für ein bundesweit einheitliches Beamtenrecht eintrete – allerdings stehe er einer Neuordnung im Rahmen der Föderalismus-Kommission nicht im Wege.

Zur Sprache kamen unter anderem die Zukunft der zweigeteilten Laufbahn in Rheinland-Pfalz, Besoldungs- und Versorgungsfragen. **Ernst Scharbach** kritisierte das angeblich so moderne Eckpunktepapier des Bundes. Bei der Polizei



werde im Rahmen von Beförderungen und Stellenausschreibungen schon seit Jahren leistungsbezogen bezahlt. Besonders kritisierte **Scharbach** das Absenken bestehender Besoldungen für ‚Schlechtleister‘ zur besseren Bezahlung von ‚Leistungsträgern‘. Auf offene Ohren bei **Beck** und **Bruch** stieß die Kritik an der Zahlung von Leistungsprämien und Leistungszulagen. **Kurt Beck**: „*Wir wissen sehr wohl, dass der Erfolg der Polizei maßgeblich von der gemeinsamen Arbeit im Team abhängt.*“ **Karl Peter Bruch** bestätigte die Linie seines Amtsvorgängers **Walter Zuber**, zumindest im Polizeidienst auf Prämien zu verzichten.

Stellv. GdP - Landesvorsitzender **Hermann Josef Barz** hob hervor, dass das für die Prämien vorgesehene Budget besser im Beförderungstopf untergebracht sei. Dies trage im Grunde auch dem Leistungsgedanken Rechnung, da sich die Bewerber um ein Beförderungsamt spezifischen Beurteilungen stellen müssten.

Lebensarbeitszeitverlängerung:

Der stellv. GdP – Landesvorsitzende **Helmut Knerr** stellte an Hand verschiedener Beispiele die Ungerechtigkeiten dar, die die Änderung des § 208 LBG mit sich gebracht habe. Besonders kritisierte **Knerr** die ‚Fallbeilgrenze‘ von 25 Jahren, die nur





eingeschränkt anzurechnenden Tätigkeiten, die überstürzte Einführung der Vorschrift und die Spaltung der Laufbahngruppen.

Ernst Scharbach schlug vor, die im Gesetz vorgesehene Evaluierung der Auswirkungen des neuen § 208 LBG von dem im Gesetz festgelegten Zeitpunkt 2008 vorzuziehen. Es sollten Lösungen zumindest für die größten Ungerechtigkeiten zeitnah gefunden werden.

Weder **Kurt Beck**, noch **Karl Peter Bruch** wollten auf die Forderungen der GdP eingehen. Es bleibe bei der im Gesetz vorgesehenen Überprüfung des Gesetzes im Jahr 2008.

Organisation der Polizei:

Stellv. GdP – Landesvorsitzender **Bernd Becker** stellte für die GdP fest, dass die



rheinland-pfälzische Polizei mit der großen Reform von 1993 gut aufgestellt sei. Die Fachhochschule leiste hervorragende Arbeit. Die Bereitschaftspolizei habe sich in ihre neue Aufgabenstellung exzellent eingebracht. Nicht zuletzt wegen der gestiegenen Kriminalität von 200.000 im Jahre 1990 auf nunmehr 300.000 beharre die GdP auf ihren Berechnungen, nach der im Land 10.000 Polizistinnen und Polizisten notwendig sind.

Kurt Beck sprach der rheinland-pfälzischen Polizei ausdrücklich seinen Dank für die hervorragende Arbeit aus. Er verwies bei allem Wünschenswertem auf die dramatisch angespannte Haushaltslage in Bund, Ländern und Gemeinden. Auch wenn die Berechnungen der GdP zuträfen, sehe er sich nicht in der Lage, zusätzliches Personal zur Verfügung zu stellen. Er wisse sehr wohl, was die Landesregierung ihren Beschäftigten durch Arbeitsverdichtung und finanzielle Einschnitte zumute. Der finanzielle Spielraum der Landesregierung sei jedoch so eng, dass die Einsparungen unvermeidbar blieben. **Beck** verwies auf die bedrückende Situation der Menschen in Rheinland-Pfalz, die ihre Arbeitsstelle verloren hätten. Viele Menschen lebten in Angst um ihre künftige berufliche Entwicklung. Der nach wie vor sichere Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst müsse Berücksichtigung bei den aktuellen Überlegungen finden.

Annemarie Grindel verwies auf die Folgen der ‚Effizienzquote‘, nach der 1,8 % der Stellen in jedem Haushaltsjahr einzusparen sind. Bei der Polizei bedeute dies den Verlust von 30 Arbeitsplätzen pro Jahr. Die mühsam erreichte Herauslösung von Polizeibeamten aus ausbildungsfremden Tätigkeiten werde sich wieder umkehren. Unverzichtbare Stellen würden in Zukunft wieder von Polizeibeamten besetzt, die wiederum im täglichen Dienst fehlten.





Bilanz:

Bei allen Differenzen in der Sache begrüßten die Vertreter der Landesregierung und der GdP den vertrauensvollen Dialog. Die nähere Zukunft lasse kaum finanzielle Besserung für die Haushalte und für die Beschäftigten erwarten. Die Übernahme des Tarifvertrages und die Föderalisierung des Beamtenrechts erforderten die Fortführung der ehrlichen und offenen Gespräche.

Ernst Scharbach: „Die GdP war und ist für konstruktive Gespräche offen.“

Jugend- und Auszubildendenvertretung bei Beck und Bruch



Bei dem zweiten Auszubildenden- und Jugendvertretungsforum des Ministerpräsidenten im Herbst 2004 hatten etliche Polizistinnen und Polizisten teilgenommen. Bei diesem Treffen bot Ministerpräsident Kurt Beck den Jugendlichen an, ein vertiefendes Gespräch mit ihm und dem Innenminister zur Ausbildungssituation bei der Polizei zu führen.

Am 8. März 2005 trafen 13 Polizeianwärterinnen und –anwärter zu dem Gespräch mit dem Ministerpräsidenten und dem Innenminister in der Staatskanzlei in Mainz zusammen. Ministerpräsident Kurt Beck und Innenminister Karl Peter Bruch waren sehr interessiert an den Erfahrungen, die die Studierenden bei der Fachhochschule auf dem Hahn und bei den Praxisstationen erworben hatten.



Das Ausbildungssystem der Fachhochschule wurde von den jungen Kolleginnen und Kollegen ausdrücklich gelobt. Konstruktive Kritik übten sie an Teilen des Unterrichts und machten Verbesserungsvorschläge. Auch wünschten sie sich die Lehrerinnen bzw. Lehrer in einer stärkeren Vorbildfunktion. Das fast 2-stündige Gespräch bezog sich auch auf Ausstattung und Ausrüstung, auf die künftige Verwendung bei der Bereitschaftspolizei und den bevorstehenden Großeinsatz bei der Fußballweltmeisterschaft 2006.

Ministerpräsident Kurt Beck richtete am Ende des intensiven Gesprächs einen Appell an die angehenden Polizistinnen und Polizisten. Er forderte sie auf, immer an die besondere Bedeutung und Verantwortung der Polizei im Rechtsstaat zu denken und bat sie, sich durch ihr Auftreten und Handeln für die Demokratie, ihrer Symbole und Inhalte einzusetzen.